

**Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Kreistag Borken**

**Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper**

**Haushaltsrede 2007**

(Es gilt das gesprochene Wort)

***Wer nicht weiß, welchen Hafen er ansteuert, für den ist kein Wind günstig.*** (Seneca)

Welchen Hafen die Bundesregierung ansteuert mit dem Beschluss zur sogenannten Gesundheitsreform – in meinen Augen ist das eine kranke Reform – weiß allein der Wind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der letzten Woche hat sich die Verhandlungsgruppe der schwarz-roten Koalition bezüglich der Gesundheitsreform auf einen Kompromiss verständigt, von dem soziale Randgruppen wie Ärzte, Apotheken und die Private Krankenversicherung profitieren. Die Versicherten bleiben mal wieder auf der Strecke. Union und SPD haben die Notbremse in der Gesundheitspolitik gezogen. Die große Koalition kann dem Druck der mächtigen Lobbygruppen nicht mehr standhalten. Sie haben nichts mehr entgegen zu setzen.

Die geplanten Änderungen werden die Versicherten im Portemonnaie spüren. Steigende Beiträge in diesem Jahr, steigende Beiträge wahrscheinlich im nächsten Jahr plus Gesundheitsfonds mit Kopfpauschale. Das nenne ich eine durch und durch vermurkste Reform. Die Antwort auf diese Problem kann nur eine solidarische Bürgerversicherung sein.

Dazu in diesem Jahr eine Mehrwertsteuererhöhung – nein, nicht um 2 Prozent wie versprochen, nein, langen wir doch gleich mit 3 Prozent zu, dann hat es sich wenigstens gelohnt. Das, meine Damen und Herren, ist die größte Abzocke der letzten Jahre, da staunt sogar die FDP, die ja in den 39 Jahren ihrer Regierungsverantwortung zwar immer Steuersenkung gepredigt, sich aber tatsächlich keiner Steuererhöhung jemals ernsthaft verweigert hat.

Das ist ein Griff in die Krippe, wie hier im Münsterland so schön gesagt wird, wie überhaupt die CDU – gerade auch hier in NRW - mit einer seltsamen Sozialrhetorik sich nicht scheut, links zu fabulieren um anschließend rechts zu überholen.

Auch hier gilt: ***Wer nicht weiß, welchen Hafen er ansteuert, für den ist kein Wind günstig.***

Da nehmen wir doch mal einen Herrn Rüttgers, der medienwirksam eine Sozialoffensive zugunsten älterer Arbeitsloser, Stichwort Hartz IV Empfänger, verkündet, während sein zuständiger Minister klammheimlich Fördermaßnahmen für ältere Arbeitslose abbaut. Betroffen sind insbesondere Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für über 50 Jährige und Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Und dafür gerade stehen sollen vor allem die Jungen. 1,3 Milliarden Euro will der Minister überwiegend jüngeren arbeitslos gewordenen Menschen wegnehmen, um sich an anderer Stelle profilieren zu können. Konkret sollen sie nach zwei Jahren Beitragszahlung nur noch zehn Monate Arbeitslosengeld bekommen. Wer kann es sich denn unter solchen Voraussetzungen leisten, noch eine Familie zu gründen?

## **Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007**

Das ist keine Sozialpolitik, das ist Volksverdummung, die hier betrieben wird. Und dann setzt man dem Ganzen noch die Krone auf indem die CDU das Füreinandereinstehen der Familienangehörigen von ALG II Empfängern wieder einführen will: Zurück zur Sippenhaft, das ist ein Rückfall in die Zeit vor der Bismarckschen Sozialpolitik.

Kritik an der Rüttgers Politik gab es auch von den Kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden. Über die Medien wird seitens der Regierungsfractionen gern der Eindruck erweckt, dass das Land die Zuweisungen an die Kommunen deutlich verstärkt habe. Dies ist nicht der Fall. Tatsächlich fallen die Schlüsselzuweisungen für 2007 um gut 1 Milliarde Euro geringer aus als noch im Jahre 2000. Auch wenn die hiesigen Landtagsabgeordneten der CDU vor einigen Monaten in der Presse vollmundig verkündeten, dass die Kommunen mehr Geld vom Land bekämen, so verschwiegen sie doch, dass diese Zahlen nicht um die in 2006 zurückzuzahlenden Kreditierungen bereinigt waren. Hier hat man Äpfel mit Birnen verglichen.

Zwar belässt es die Landesregierung bei einem nominellen Verbundsatz von 23%, doch durch den Wegfall des Anteils aus dem Aufkommen an Grunderwerbssteuer (landesweit 165,3 Mio. Euro) und der systematischen Streichung von Zuschüssen außerhalb des GFG, und der Belastung der Kommunen durch erweiterte oder neue Aufgaben wird die Finanzdecke der Städte und Kreise weiter strapaziert.

Und so geht es weiter in NRW: Globaldotation für die Wohlfahrtsverbände – gekürzt um 5 %, Projektberatung „Neue Wohnformen“ – gekürzt um 20 % , Anteil der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung – zukünftig 40 statt bisher 20 %, das sind landesweit 110 Mio. Euro, Kommunalisierung von Fördermitteln bei Drogen- und Suchthilfe, sowie AIDS-Prävention, EU Kofinanzierte Arbeitsmarktpolitik 23,8 Mio. weniger aus Eigenmitteln, Weiterbildungsförderung Volkshochschulen und Freie Träger, gekürzt um glatte 24 %, Kürzungen bei den Erstattungsleistungen für die Schülerbeförderungskosten (landesweit 27,4 Mio. Euro), Weitergabe der Bundeskürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für Schienengebundenen Nahverkehr und ÖPNV von 79,5 Mio. Euro – was andere Bundesländer übrigens nicht so handhaben- und Streichung aller Mittel für Regionalstellen Frau und Wirtschaft und last but not least weitere Kürzungen beim GTK.

Und das alles bei steigenden Steuereinnahmen des Landes.

Wie wenig die Landesregierung, berufliche Chancen für Frauen am Herzen liegen, zeigte die Streichung der Fördermittel für die Regionalstelle Frau und Wirtschaft in Gronau. Minister Laschet legte kein Nachfolgekonzept vor. Der Kreis und damit die CDU war politisch nicht bereit die 88 000 € zu übernehmen. Die Auflösung der Regionalstelle bedeutet für unsere Region ein herber Verlust, besonders aber für die Frauen. Wir plädierten für die Erhaltung der Regionalstelle, da uns die kompetente, qualifizierte und unabhängige Beratung unverzichtbar ist.

Die Vorschläge der Verwaltung ersetzen nicht ansatzweise die Arbeit der Regionalstelle, wie eine Aufstockung der Wochenarbeitsstunden der Gleichstellungsbeauftragten, oder die verschiedenen Projekte, wie z.B FUTURA. Wir befürchten, dass nun weit weniger Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen.

***Wer nicht weiß, welchen Hafen er ansteuert, für den ist kein Wind günstig.***

## Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Auch im Kreis Borken als Optionskreis ist der sozialpolitische Kurs noch völlig offen.

Wir haben den Eindruck, dass die Mehrheitsfraktion in diesem Hause den drängenden Zukunftsentscheidungen nichts entgegensetzt und die BürgerInnen unseres Kreises vielfach im Regen stehen lässt. Gute und sehr gute Projekte und Initiativen werden gestrichen oder nicht weiter gefördert und es wurden Lösungen vorgeschlagen, die wir so nicht mittragen können.

1. Die Förderung der hauptamtlichen Familienpflege wird seitens des Kreises in diesem Jahr eingestellt. Wahrlich keine Meisterleistung, da Kinder in einer schwierigen familiären Situation nunmehr nur durch nebenamtlich Beschäftigte betreut werden und mögliche Spätfolgen zu zusätzlichen Belastungen in der Jugendhilfe führen können. Eine klare Qualitätsminderung in der präventiven Versorgung von Kindern und Jugendlichen.
2. Die familienorientierte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alkoholabhängiger Eltern wird auch in diesem Jahr nur durch den Kreuzbund gewährleistet. Der von uns unterstützte Antrag des SKM - Bocholt für sein Projekt „Kolibri“ wurde seitens der CDU abgelehnt. Eine mehr als zweifelhafte Entscheidung, da die ehrenamtliche Arbeit des Kreuzbunds mit Kolibri gar nicht zu vergleichen ist und wir berechtigte Zweifel haben, dass er in der Lage ist, ein kreisweites Angebot vorzuhalten.
3. Die Bezuschussung des Projektes „Männer stellen sich ihrer Gewalt“ in Höhe von 10.000 € für die Jahre 2007 – 2009 findet unsere Zustimmung. Aber wir befürchten auch hier, dass nach Ablauf dieser drei Jahre eine weitere Förderung wahrscheinlich nicht in Frage kommt, da eine kreisweite Ausdehnung auch bei diesem Projekt schwierig werden könnte.

Mit der Einführung von Hartz IV wurde auch eine Entlastung der Kommunen von den Kosten der Sozialhilfe um 2,5 Mrd. Eur vereinbart. Aus dieser Entlastung sollten die Kommunen die Kinderbetreuung der Unterdreijährigen bestreiten.

Teil der Hartz IV Regelung ist es auch, dass die Kommunen für die Kosten von Unterkunft, Heizung und einmaligen Hilfen für die SGBII Beziehenden aufkommen. Es war jedoch schnell absehbar, dass es zu keiner Entlastung der Kommunen kommen würde und es wurde eine Kostenbeteiligung des Bundes an der KdU vereinbart. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Zahl der SGB EmpfängerInnen deutlich höher ausfiel, als geschätzt, ist es in vielen Bundesländern, so auch in NRW, so auch im Kreis Borken zu erheblichen Mehrbelastungen gekommen. Aktuell haben sich die Ministerpräsidenten mit dem Bund darauf geeinigt, den Kommunen jährlich 4,3 Mrd Euro zur Verfügung zu stellen. Zu dieser Vereinbarung gehört auch der sogenannte Vorabanteil für die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der dazu führt, dass der Bundesanteil für die KdU für andere Länder, so auch NRW von 31,8 auf 31,2% gesenkt wird. Diese Regelung ist von Dauer und belastet den Kreis Borken und seine Kommunen allein in diesem Jahr schon mit über 203.000. Diese Regelung führt nicht nur bei uns auf Unverständnis, sondern auch beim Deutschen Landkreistag, der aufgrund seiner Berechnungen zu enormen Mehrbelastungen für NRW Kommunen und damit auch für den Kreis Borken führen wird. Wir können also davon ausgehen, dass diese 203.000 Euro noch nicht das Ende der Fahnenstange sein werden.

## Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Lassen Sie mich nun zum Bereich der Wiedereingliederungsmaßnahmen nach SGB II kommen. Hier wurde seit Beginn der Option des Kreises Borken unstrittig gute Arbeit geleistet. Zwar gab es in der zurückliegenden Zeit einige kleinere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen, aber die Grundausrichtung der Maßnahmen fand immer allgemeine Zustimmung und die Ergebnisse des Kreises Borken sind in den vorliegenden Statistiken und Vergleichsberechnungen in den vorderen Regionen angesiedelt. Jedoch: Wird das auch für dieses Jahr gelten? Wir haben da so unsere berechtigten Zweifel.

Ich will an dieser Stelle kurz an das zurückliegende Jahr 2006 erinnern. Im Juni des Jahres 2006 standen wir bei der Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser plötzlich mit leeren Händen da. Und das nicht durch eigenes Verschulden, sondern durch eine Sperre der Mittel durch die schwarz-rote Bundesregierung, namentlich Franz Müntefering. Es war zu befürchten, dass für das zweite Quartal des Jahres keinerlei Maßnahmen mehr finanziert werden konnten. Dieser GAU konnte zwar quasi in letzter Minute noch abgewiesen werden, aber von Entwarnung kann auch heute noch keine Rede sein. Der Kreis muss in diesem Jahr mit erheblich weniger Mitteln die gleiche Arbeit leisten und hat ein um 1,5 Millionen Euro glatt halbiertes Budget für sogenannte niederschwellige Basisangebote zur Verfügung. Des weiteren sind im vorliegenden Integrationsbudget bis auf eine Reserve von 1,5 Millionen € keinerlei Spielräume vorhanden. Eine Flexibilität innerhalb des Budgets ist nicht vorgesehen und bei den engen Spielräumen auch gar nicht möglich. Das erinnert doch stark an eine zentralistische Führung und hat mit einer Optionskommune, die ja gerade auf die örtlichen Gegebenheiten eingehen sollte, nicht mehr viel gemein. Wir haben dieses vorgelegte Integrationsbudget aus gutem Grund abgelehnt. Die Personengruppe mit mehrfachen oder schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen, die im Kreis Borken rund 17 % der erwerbsfähigen Hartz – IV – Empfänger stellen, sollen nachrangig bedient werden, eine besondere Förderung von Frauen ist nicht vorgesehen und eine Ausweitung der sogenannten Ein – Euro – Jobs scheint beschlossene Sache.

Das meine Damen und Herren, ist nach unserer Auffassung keine Grundlage für eine seriöse Planung. Wir wollen mit verlässlichen Zahlen eine gute Vermittlungsarbeit gestalten und halten diese Vorgehensweise der Bundesregierung für skandalös. Hier wird auf Kosten der Menschen in SGB II Bezug ebenso wie auf Kosten der Kommunen nach Einsparpotenzialen gesucht. Vom ursprünglichen Konzept des Motto des Förderns und Forderns ist nur mehr ein nackter Torso übrig geblieben. Grund genug sich auf allen politischen Ebenen weiterhin für ein Grünes Konzept der Sozialen Grundsicherung einzusetzen.

Im Budget Jugend und Familie möchten wir nur zwei Punkte besonders herausgreifen.

Zum einen ist es die aktive Arbeit der Planungsbegleitgruppe. Die Wiederaufnahme dieses Arbeitskreises wurde von uns immer mit voran getrieben und so begrüßen wir auch die konstruktive fraktionsübergreifende Zusammenarbeit aller Parteien zusammen mit den Sprechern der Arbeitsgemeinschaften der freien Trägern um die Jugendhilfeplanung des Kreises fachlich zu begleiten und zu unterstützen. Im Jahr 2006 ist hier besonders der Aufbau eines lokalen Bündnisses für Familien zu erwähnen. Im Rahmen dieses Bündnisses wird der Aufbau eines Frühwarnsystems von uns ausdrücklich begrüßt. Bei einem so wichtigen und brisanten Thema wie die körperliche und seelische Unversehrtheit unserer Kinder ist es wichtig, dass hier alle an einem "Strang ziehen" um Eltern und Kindern zu unterstützen und hier vernetzt zu arbeiten. Die konstruktive

## Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Zusammenarbeit in der Planungsbegleitgruppe macht hier Mut, dass eine solche Zusammenarbeit möglich ist

Als zweites Thema möchten wir im Budget zwei die Entwicklung im Bereich der Betreuung der unter dreijährigen erwähnen.

Standen wir Jahre, ja fast Jahrzehnte lang eher alleine da mit der Forderung auch im Bereich der Betreuung der unter drei jährigen aktiv zu werden, so ist dieses nun einer der aktuellsten Themen aller Parteien. Diese wird von uns natürlich ausdrücklich begrüßt.

Die geplanten Aktivitäten, gerade in ihrer Vielfalt werden von uns daher unterstützt und in ihrer Umsetzung werden wir diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleiten.

Allerdings möchten wir auch kritisch anmerken, dass es trotz inhaltlicher Übereinstimmungen bisher noch nicht zu einer Zusammenarbeit des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses gekommen ist. Es kann nicht sein, dass Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche nur im Sozialausschuss entschieden werden, ohne den fachlichen Rat des Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

Auch ist im Rahmen von Hartz IV die Einberufung einer Jugendkonferenz vorgesehen. Das ist im Kreis Borken bisher noch nicht geschehen.

### Verkehr

Das erfolgreiche Projekt Fietsenbus soll in 2007 durch das ebenso erfolgversprechende Projekt Freizeitbus ergänzt und erweitert werden. Hier, muss man durchaus anerkennend sagen, ist die Verwaltung mit diesem Konzept auf dem richtigen Weg. Durch dieses erweiterte Angebot, werden neben den Freizeitradfahrern auch weitere Zielgruppen, wie Wanderer, Inline Skater, Familien mit Kindern für den ÖPNV gewonnen werden. ÖPNV, Wirtschaft und Tourismus ebenso wie Bürgerinnen und Bürger im Kreis werden gleichermaßen davon profitieren. Freizeitbus und Fietsenbus sind auch wichtige Mosaiksteine auf dem Weg des Kreises Borken zur Positionierung als fahrradfreundlicher Kreis. Bleibt zu hoffen, dass diese erfolgversprechende, zukunftsorientierte und nachhaltige Politik konsequent weiterentwickelt und fortgeführt wird.

In diesem Zusammenhang dürfen wir darauf hinweisen, dass mit diesen Maßnahmen schon längst von uns formulierte Forderungen endlich umgesetzt werden.

Im Rahmen der Verlustabdeckung der RVM sind die Verteilungsschlüssel angepasst und korrigiert worden, mit dem Ergebnis, dass geringere Aufwendungen für den Kreis Borken zu erwarten, und in der Rücklage die entsprechenden Mittel enthalten sind. Damit stehen in 2007 erhebliche Mittel zur Verfügung, um die vorgenommenen Einsparungen im ÖPNV Bereich wieder zurückzunehmen, bzw. das bestehende Angebot auszuweiten.

Reduzierungen bei den Taxibuslinien, Einführung von Zweistunden Takten statt stündlicher Bedienung auf einigen Strecken, sowie teilweise fehlende Anschlüsse von Orten an Schnellbus – Sprinterbus – oder Bahnlinien, tragen sicher nicht zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV bei. Das in den mittelfristigen Zielen zu dem Budget formulierte nachfrageorientierte, finanzierbare, transparente ÖPNV Angebot, das allen Altersgruppen gerecht wird und eine Alternative zum Individualverkehr darstellt, ist mit diesen vorgenommenen Kürzungen nicht zu realisieren.

## Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Die Politik hat hier für das Jahr 2007 und für die weitere Zukunft die Aufgabe, den ÖPNV in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Wir werden im kommenden Jahr entsprechende Vorschläge erarbeiten und hoffen dafür die notwendigen Mehrheiten zu finden.

Der Haushaltsplan weist für das Budget 12 weiterhin einen Betrag in Höhe von 500.000 € für den kommunal finanzierten Radwegebau aus. Diese Summe fällt im Vergleich zu den Investitionen in Deckenerneuerung und Straßenneubauprojekten wie immer vergleichsweise bescheiden aus. Dennoch ist es wichtig und richtig, dass zumindest diese Mittel bereitstehen. Auch, wenn neuerdings alle Radwege, auch außerhalb von geschlossenen Ortschaften, nach dem GVFG gefördert werden können, hat das Programm des kommunalfinanzierten Radwegebbaus durchaus noch seine Daseinsberechtigung. Kreis und Kommunen können so schneller und unbürokratischer, ohne etwa die Zustimmung des Landes einholen zu müssen, auf bestimmte Situationen und Notwendigkeiten vor Ort reagieren. Notwendige und wichtige Investitionen in die Infrastruktur zur Förderung des Radverkehrs, lassen sich so unproblematischer realisieren. Grundlage für den Bau weiterer Radwege sollte dabei unbedingt die bestehende Prioritätenliste sein. Für Kommunen, die aus eigenen Mitteln den 50% igen Anteil nicht aufbringen können, muss dabei auch die Möglichkeit der Vorfinanzierung durch den Kreis geschaffen werden.

### Demografischen Wandel - eine Chance

Der demographische Wandel ist Realität, daher ist es gut, dass der Kreis Borken die Initiative ergriffen hat und dieser Realität ins Auge sehen will: die Bevölkerungszahl im Kreis wird nicht mehr so stark wachsen wie in den vergangenen Jahrzehnten, der Anteil älterer Menschen wird überdurchschnittlich stark ansteigen und die Schichtung der Bevölkerung eine völlig andere werden. Nur die Anerkennung dieser Trends kann dazu führen die Chancen zu erkennen und zu gestalten. Daher begrüßten wir die Verabschiedung des Strategiepapiers Brennpunkt Demographie.

Neben den in diesem Strategiepapier schon beschriebenen Aufgaben, ergeben sich weitere Handlungsfelder für die Zukunft.

### Integration

Mittlerweile hat auch die CDU auf Bundesebene erkannt: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen eine Integrationspolitik, die dafür sorgt, dass Migrantinnen und Migranten selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft werden und eingewanderte Menschen von Beginn an als künftige StaatsbürgerInnen wahrnimmt. Es ist daher eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Politikbereiche von Arbeitsmarkt über Altenpolitik bis hin zur Bildungspolitik zieht. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird proportional zur Gesamtbevölkerung ansteigen. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft immer stärker kennzeichnen. Interkulturelle Öffnung vor Ort, in den sozialen Diensten, Verbänden und Politik ist notwendig.

### Geschlechtergerechtigkeit

Es braucht aber auch eine neue Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Ein Leben in Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist trotz zahlreicher Fortschritte immer noch nicht erreicht. Im Rahmen der demografischen Debatte wird viel über die internationalen Vergleich geringe Geburtenrate in Deutschland diskutiert. Die Verantwortung dafür wird fast ausschließlich den Frauen zugewiesen. Der Vorwurf ihnen gegenüber lautet - mal mehr, mal weniger deutlich formuliert, dass sich sie sich heute lieber im Berufsleben verwirklichen, statt Kinder bekommen zu wollen. Dabei werden sowohl die Rolle der Männer in diesem Prozess als auch die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgeblendet.

Wir Grünen wollen den Menschen nicht vorschreiben, Kinder zu bekommen. Wir wissen aber, dass viele Frauen und Männer ihre Kinderwünsche nicht realisieren. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich und individuell. Aber es gibt strukturelle Hindernisse. Hier muss auch Kommunalpolitik Hindernisse beiseite räumen. Darauf werden wir zukünftig drängen.

### Schulpsychologische Beratung

Schon Mitte des Jahres fragten wir bei der Verwaltung an, warum die Wiederbesetzung der offenen Stelle in der schulpsychologischen Beratung nicht erfolgte. Nach Auffassung der Verwaltung würden die neu eingestellten Schulpädagoginnen und -pädagogen die Aufgaben zum Teil auffangen und mit der Neuaufteilung der Bezirke von 4 auf 3 sein dem Anliegen umfassend Genüge getan. Diese Auffassung können wir nicht teilen.

Die stetig ansteigenden Anforderungen an Kinder und Jugendliche in einer sich immer schneller verändernden Welt haben schon vor vielen Jahren deutlich gemacht wie wichtig eine präventive Arbeit in der Schulpsychologie heute geworden ist. Immer mehr Kinder können dem Druck unseres Schulsystems und der Gesellschaft nicht standhalten. In sehr seltenen Fällen eskalieren Situationen wie die an der Geschwister Scholl Schule in Emsdetten. Dort waren auch die Schulpsychologen des Kreises vor Ort und haben in der schrecklichen Situation wertvolle Arbeit geleistet. Die Ereignisse von Emsdetten haben aber auch deutlich gemacht, dass der Kreis Borken in den Bemühungen um schulpsychologische Beratung nicht nachlassen darf. Die neuen Schulpädagogen und -pädagoginnen, die in ihrem Fachbereich sicherlich wertvolle Arbeit leisten, können diese Arbeit nicht auffangen. Da sie auch nur an einigen Hauptschulen des Kreises tätig sind, nicht aber an Realschulen, Gymnasien, Berufskollegs und anderen Schulen fehlt hier ein spezifisches Angebot. Auch für diese Schülerinnen und Schüler ist eine qualifizierte Betreuung durch Schulpsychologen unerlässlich, auch wenn die Fallzahlen aktuell zurückgingen. Berichte zeigen immer wieder, dass Aggressionen, Mobbing und die Gewalt an Schulen zunehmen. Wenn bei Leistungsschwächen in bestimmten Fächern nach den Ursachen geforscht werden soll und neue Lösungsansätze gefunden werden sollen, sind Schulpsychologen und -psychologinnen gefragt. Die Ergebnisse der Pisastudie und die aktuelle Bildungsstudie des Kreises zeigen, dass die präventive Arbeit und die Individualberatung eher noch ausgeweitet werden muss, ein Sparen an dieser Stelle im Kreishaushalt widerspricht allen Studien. Die hohe Zahl an Jugendlichen, die ohne jeglichen Abschluss das Berufskolleg verlassen, hat uns alle erschreckt, ebenso der eklatant niedrige Prozentsatz von Abiturienten, der glatte 10 Prozent unter dem Landesdurchschnitt liegt. Das gibt Anlass nach den Ursachen zu forschen. Beunruhigend ist auch, dass 6,9% keinen Hauptschulabschluss schaffen und somit ein reibungsloser Start ins Berufsleben verbaut ist.

## Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Der Kreis steht bei der Umsetzung der Bildungsstudie vor ganz großen Aufgaben. So soll der Jugendarbeitslosigkeit durch Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes begegnet werden. Weitere Betriebe müssen überzeugt werden mehr Lehrstellen anzubieten, aber auch neue Konzepte der Berufsausbildung an den Berufskollegs gilt es zu entwickeln. Eine große Beteiligung aller Akteure im Bereich der Berufsausbildung am geplanten Workshop ist wichtig um die Ergebnisse der Bildungsstudie in entsprechende Handlungsfelder umzusetzen. Der zu erwartende Facharbeitermangel zwingt alle Akteure zum Handeln: für unsere Region eine bedeutende Aufgabe!

Und ein weiteres Thema beschäftigte im letzten Jahr die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Borken. Und zwar so sehr, dass sie sich zu einem Netzwerk zusammenschlossen.

### Gentechnik

Die große Mehrheit der Verbraucherinnen in Deutschland lehnt die Gentechnik ab. Auch bei den Landwirten bildet sich ein immer stärkerer Widerstand gegen gentechnisch veränderte Pflanzen. Er führt nicht zu höheren Erträgen, weniger Pestizideinsatz, oder mehr Gewinn, wie die Agro-Industrie verspricht. Die Gefahren der Gentechnik werden unterschätzt. Wir stellten deshalb den Antrag im Rahmen von Pachtverträgen über landwirtschaftliche Flächen des Kreises Borken den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu verbieten. Dem konnte sich die CDU-Mehrheit nicht anschließen. Jedoch auch für die Bauern im Kreis gilt: Die Abhängigkeit der Landwirte von der Agro-Großindustrie wird weiter fortschreiten und (ihre) die Eigenständigkeit der Bauern einschränken. Der Absatzmarkt von gentechnikfreien Lebensmitteln und damit die Existenzgrundlage vieler Landwirte droht in naher Zukunft das Aus. Diese Produktionsweise scheint keine Lobby zu haben. Für den Kreis Borken, der noch stark geprägt ist von der Landwirtschaft, wäre aber ein Schritt hin zur gentechnikfreien Produktionsweise der Richtigerere gewesen.

### Never ending story: Flugplatz Wenningfeld

Auch die letzten Informationen, die der Landrat uns im Kreisausschuss haben an unserer Auffassung nichts geändert. Hier wird viel Geld sinnlos verbuddelt ohne auch nur den Hauch einer Idee wie sich diese angebliche Wirtschaftsförderung auswirken wird. Das ist nicht neu und originell, aber konsequent: Wir lehnen den Flugplatzausbau ab; wir lehnen den Haushaltsentwurf ab.